

Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag;
Zugpreis: 2.50 Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post
in der Geschäftsstelle abgeholt 2.50 M.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Jander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Zeitzeile oder deren Raum für Geisenheim
35 &, auswärtiger Preis 40 &. Reklamezeile 100 &. Bei mehrmaliger Aufnahme
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Fernsprechanruf Nr. 128 Amt Rüdesheim am Rhein.

Nummer 137.

Dienstag den 23. November 1920.

20. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 19. November.

Kleine Anfragen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine große Anzahl kleiner Anfragen. Religionsfrage Sauer — Anfrage Abg. Mumm (Dntf.) — dürfen in Preußen nicht eher eingerichtet werden, als bis ein entsprechendes Landesgesetz in Preußen erlassen ist. Wo viele Kinder an dem Religionsunterricht nicht teilnehmen, hat die Regierung in einzelnen Fällen die Vereinigung dieser Schüler zu besonderen Schulformen genehmigt.

Eine vorzugsweise Belieferung der Schulen mit Kohlen — Anfrage Abg. Feuermann (D. Sp.) — kann allgemein nicht erfolgen.

Auch die Reichsregierung betrachtet den ethischen Unterricht — Anfrage Abg. Dr. Philipp (D. Sp.) — nicht als Ersatz für den Religionsunterricht.

Die auf der Tagesordnung stehenden Interpellationen Herzt (Dntf.) über den Berliner Arbeiterstreik und Müller-Franken (Soz.) über Kapitalverschiebungen nach dem Auslande, werden in der nächsten Woche beantwortet werden.

Ein Antrag aller Parteien um Belassung der für Reitungen geltenden ermäßigten Postgebühren — siehe bis zum 31. März 1921 wird einstimmig angenommen.

Der Staatsgerichtshof.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfes über den Staatsgerichtshof, als dessen Sitz Leipzig vorgeschlagen wird.

Abg. Dr. Nader (Soz.): Die Vorlage ist vollkommen unzulänglich, weil sie keine Möglichkeit zur strafrechtlichen Verfolgung Kriegsschuldiger bietet.

Abg. Grac-Hüringen (Dntf.): Die Tätigkeit der Cohn und Einzelheimer im parlamentarischen Untersuchungsausschuss hat uns in der ganzen Welt geschadet. An der Zusammenfassung des Gerichtshofes ist zu bemängeln, daß der Reichstag fünf Mitglieder zu wählen hat. Die Verträge von Ministern gegen die Reichsverfassung haben sich gehäuft: die Hinaussetzung der preussischen Wahlen durch Herrn Cohnring bedeutet doch zweifellos eine Verfassungsverletzung.

Abg. Dr. Nahl (D. Sp.): Wir sind durchaus Freunde eines Staatsgerichtshofes. Ich hoffe, das künftige Reichsverwaltungsgericht wird auch in Leipzig errichtet. Berlin dürfte bald das Recht vermisst haben. Reichshauptstadt zu sein. Bisher ist man in Stadtverwaltungen, die ihre Pflicht nicht tun, vor dem Staatsgerichtshof ziehen.

Reichsminister des Innern Dr. Bach: Den Ausführungen des Abg. Dr. Nahl stimme ich in den wesentlichen Punkten zu. Die Angliederung des Staatsgerichtshofes an das Reichsgericht rechtfertigt sich dadurch, daß das Reichsverwaltungsgericht heute noch nicht besteht. In eine strafrechtliche Untersuchung gegen die Kriegsschuldigen dürfen wir nicht eintreten; unser Volk ist dessen müde. (Sehr richtig rechts.)

Nachdem auch die Abgg. Bibinski (U. S. r.), Dr. Waldstein (Zem.) und Herxfeld (U. S. links) sich zu dem Entwurf kurz geäußert haben, wird die Vorlage an den Rechtsausschuss verwiesen.

Das Haus verläßt sich auf Sonnabend vormittags 10 Uhr: Beschleunigte Einziehung des Notopfers, Sozialisierungsinterpellation.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Um die Sozialisierung der Kohle.

— Berlin, 20. November.

Die Interpellation im Reichstag.

Die Sonnabend Sitzung des Reichstages war der Erörterung der mehrheitlichen Sozialisierungsinterpellation gewidmet, in der die Regierung gefragt wird, wann sie den zugesagten Gesetzentwurf über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues vorlegen wird, und zwar einen Entwurf, der die Vollsozialisierung durchführt.

Das Mitglied des Reichskohlenverbandes Abg. Böller (Soz.) begründet die Interpellation und fordert eine klare und deutliche Antwort, ob der Bergwerksbetrieb ein privatrechtliches Monopol bleiben soll oder ein Gemeinwohlunternehmen, das den Volksgenossen zu dienen habe. Die Arbeiter lehnen die Gewinnbeteiligung ab und wollen ihre Arbeit nur in den Dienst des Ganzen stellen.

Die Erklärung der Reichsregierung.

Nach der außerordentlich maßvoll und sachlich begründeten Interpellation gibt Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz im Namen der Reichsregierung folgende Erklärung ab:

Die Reichsregierung wird auf Grund der Erklärung vom 27. Oktober einen Gesetzentwurf über die gemeinwirtschaftliche Regelung des Bergbaues mit möglicher Beschleunigung vorlegen. Gegenwärtig sind die Beratungen der Sachverständigen des Reichswirtschafts- und des Reichskohlenrats noch nicht abgeschlossen. Eine neue Sachverständigen-Kommission soll ebenfalls eine gemeinsame Grundlage finden.

den. Am 1. Dezember sollen diese Verhandlungen beginnen. Solange diese ausrichtreichen Verhandlungen schweben, kann die Regierung keinen endgültigen Beschluß über den Inhalt des Gesetzes geben. Wir müssen unter Zurückstellung aller parteipolitischen Ansichten rein vom wirtschaftlichen Standpunkt aus mit den Sachverständigen prüfen, welche Erledigung dieser Frage uns nützen kann. Es gibt nur einen wirklich sachlichen Weg, der begründet ist auf der gemeinsamen Zusammenarbeit aller produktiven Kräfte unseres Volkes. (Beifall.)

Abg. Holz (Zentr.) billigt die Erklärung der Regierung. Hoffentlich leistet die Kommission gute und rasche Arbeit. Kommt eine Verständigung nicht zustande, dann müßte die Regierung ihrerseits mit einem Gesetzentwurf kommen.

Abg. Leopold (Dntf.): Die Drohung mit dem Streik kann uns nicht wandeln machen in der Erwägung, daß diese Fragen des Wirtschaftslebens nur nach ruhiger und klarer Überlegung behandelt und gelöst werden können. Jede Vollsozialisierung wirkt produktionshemmend und — vertuernd. Für derartige Experimente ist uns das Leben unseres Volkes zu teuer. Der Sachverständigenkommission muß Ruhe und Zeit bei ihren Beratungen gelassen werden, damit sie das Sozialisierungsproblem zur allseitigen Befriedigung lösen kann.

Abg. Dr. Curtius (D. Sp.): Wir billigen das Verfahren der Regierung. Es ist geradezu eine verfassungsmäßige Pflicht der Regierung, vor Einbringung eines solchen Gesetzes den Reichswirtschaftsrat zu befragen. Wir werden an allen Maßnahmen weiter mitwirken, die die Produktion fördern und unsere Volks- und das heißt Gemeinwohl wieder ausbauen.

Abg. Leicht (Bayer. Sp.) billigt ebenfalls die Regierungserklärung.

Abg. Henke (U. Soz. rechts): Wir verlangen die Vollsozialisierung. Die Arbeiter müssen ihre berechtigten Forderungen erzwingen.

Abg. Schiffer (Zem.) vertritt den Standpunkt seiner Fraktion, daß es eine der wichtigsten und dringendsten Aufgaben der Gegenwart ist, der Allgemeinheit und der Arbeitnehmerchaft einen größeren Anteil als bisher an der Gestaltung und den Erträgen der Wirtschaft zu sichern, ohne auf die kraftvolle Betätigung der Unternehmernessenschaft zu verzichten. Die Lösung dieser Frage bedarf der äußersten Beschleunigung, um in unser Wirtschaftsleben Ruhe, Vertrauen und Arbeitsfreudigkeit einkehren zu lassen und dadurch die Leistungsfähigkeit der Produktion zu steigern.

Nach einer kurzen Polemik der Abgg. Roenen (U. Soz. links) und Imbusch (Soz.) schließt die Aussprache. Die Interpellation ist erledigt.

Das Haus verläßt sich. Montag 1 Uhr: Gesetz über Oberschlesien. Sozialdemokratische Interpellation über Kapitalverschiebungen nach dem Auslande.

Die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen.

Der Bericht Ransens vor dem Völkerbund.

Bei den Beratungen der Völkerbundsversammlung in Genf erstattete der bekannte norwegische Nordpolforscher Frithjof Ransen Bericht über das Werk der Heimbeförderung der Kriegsgefangenen, mit dessen Leitung er im Frühjahr durch den Völkerbund betraut worden war.

Es handelte sich um die Heimführung von 250 000 bis 300 000 Kriegsgefangenen aus den Gebieten des ehemaligen russischen Reiches, von denen sich 40 000 in Ostsibirien, 20 000 im Kaukasus und in Turkestan und die Mehrzahl in Sibirien befanden. Ransen schilderte eingehend die großen finanziellen und technischen Hindernisse und teilte mit, daß nicht zuletzt dank der loyalen und energischen Mitarbeit der deutschen Behörden, aber auch dank der Hilfe der Sowjetregierung, es gelungen sei, anstatt der erwarteten 100 000 bereits 180 000 Gefangene heimzuführen. Auf große Schwierigkeiten stößt namentlich die Heimführung der in Ostsibirien befindlichen Gefangenen, insbesondere auch darum, weil die in Frage stehenden Regierungen, namentlich auch die Mittelmächte, nicht die nötigen Mittel hätten, um die für die lange Reise notwendigen Schiffe zu liefern. Ransen teilte weiter mit, daß gegenwärtig das Internationale Rote Kreuz auf sein Verlangen eine Delegation nach Sibirien entsende, um dort die beste Methode für die Durchführung der Heimführung auch dieser unglücklichen zu prüfen.

Ransen schloß seine mit starkem Beifall aufgenommenen Darlegungen mit der Erklärung, daß die wirklich große Lehre darin liege, daß der Völkerbund in Zukunft die Wiederkehr solcher Katastrophen verhindern, die unvermeidlich für die Menschheit die entsetzlichsten Leiden mit sich bringen.

Zwei wichtige Kommissionen unter neutraler Leitung.

Bevor die Versammlung den Bericht Ransens entgegennahm, wurde die Wahl der Vizepräsidenten der Völkerbundsversammlung vorgenommen. Zu der Konstituierung der Kommissionen ist zu erwähnen, daß

die Kommission Nr. 5 (Zulassung neuer Staaten) und 6 (Abrüstung) unter der Leitung von Neutralen arbeiten werden. In die Kommission Nr. 5 (Zulassung zum Völkerbund) ist von der schweizerischen Delegation Bundespräsident Motta abgeordnet, der auch zum Ehrenpräsidenten der ersten Völkerbundsversammlung gewählt wurde.

Der Arbeitsunterricht.

Die Richtlinien der preussischen Unterrichtsverwaltung.

Nach der Reichsverfassung soll der Arbeitsunterricht künftig Vorrang vor der Schule sein. Es stehen dem die Vertiefung der Materialien und ein Mangel an geeigneten Lehrern als erschwende Umstände entgegen. Wie jede Schulreform, so muß auch diese zunächst bei den Lehrern selbst anfangen. Diese Notwendigkeit hat die preussische Unterrichtsverwaltung erkannt und in einem neuen Erlaß den Lehrerbildungsanstalten für die Einführung des Berufsunterrichts eine Reihe beachtenswerter Ratschläge erteilt.

Danach ist zunächst eine einheitliche und völlig übereinstimmende Art des Lehrbetriebs nicht unbedingt erforderlich. Der Arbeitsunterricht muß zum Arbeitsprinzip werden, das möglichst in jedem Unterrichtsfach mit den einfachsten Mitteln zur Geltung gebracht wird. In der Anfertigung von körperlichen Darstellungen in der Heimatkunde, Erd- und Naturkunde werden die Schüler nach wenigen Übungen meist schon zu selbstständiger Arbeit und zu Versuchen angeregt werden können. Die Bestimmungen in der Heimatkunde bedürfen keines gelehrten Apparates oder eigens geschnittener Fachleute, sondern können durch einfache Hilfsmittel ausgeführt werden. Die Mittel zum Arbeitsunterricht, wie Sandkasten, Plankombi, Regennmesser, Ueberfließtafel für Wetterkunde, Wetterkarten, Beobachtungsrohre zur Himmelskunde, Sonnenuhren, Sternkarten, Sammelkästen, Ständer und Tischchen usw., können die Schüler ohne größere Kosten selbst herstellen, auch eigene Beobachtungshefte für Pflanzenversuche bearbeiten. Je besser es gelingt, die Schüler dazu anzuleiten, sich ihre Lernmittel auscheinbar nutz- und wertlosen Abfällen und Resten herzustellen, um so größer wird ihre Freude daran und ihr Interesse am Unterricht sein. Zugleich ist diese Art des Unterrichts aber auch ein gutes Mittel, um unser Volk zur Sparsamkeit zu erziehen.

Eine Turnprüfung.

Der preussische Kultusminister hat seine Zusage im Haushaltsausschuss, daß dem Turnen an den höheren Schulen eine größere Bedeutung beigemessen werden soll, dadurch wahr gemacht, daß er die Provinzial-schulkollegien angewiesen hat, nach dem Vorbild des Schneesberg an einigen höheren Schulen jeder Provinz eine Abschlussprüfung im Turnen vornehmen zu lassen.

Suchthaus für Schleichhändler.

Verstärkung der Strafen gegen Schleichhandel und Preiswucher.

Jahrelang haben Schleichhändler und Wucherer ungestraft die Bevölkerung ausbeuten können, ohne daß man ihnen ernstlich mit gesetzlichen Maßnahmen entgegengetreten wäre. Jetzt endlich ist eine wesentliche Verstärkung der Bestrafung des Schleichhandels geplant.

Eine Verstärkung der Strafen gegen Schleichhandel, Preistreiberi und verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände bedeutet ein im Reichsministerium der Justiz ausgearbeiteter Gesetzentwurf, der in besonders schweren Fällen Suchthausstrafen von ein bis fünfzehn Jahren und Geldstrafe von mindestens 20 000 Mark vorsieht. Als besonders schwerer Fall gilt insbesondere, wenn der Täter aus Gewinnsucht mit erheblichen Mengen von Gegenständen des täglichen Bedarfs Schleichhandel treibt oder wenn der Täter durch Preistreiberi aus Gewinnsucht die wirtschaftliche Notlage der Bevölkerung in besonders verwerflicher Weise ausbeutet, oder wenn der Täter Vieh, Lebensmittel oder Futtermittel ins Ausland zu verschleusen sucht, oder endlich, wenn er ganz oder überwiegend von Schleichhandelsgeheimnissen oder von verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände lebt.

Neben der Suchthausstrafe ist auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht zu erkennen. Auch kann auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde erkannt werden. Die Beurteilung ist auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntzugeben. Dem Verurteilten ist der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs zu unterlagen. Handelt es sich um Ausländer, so kann die Landespolizeibehörde ihn nach Vollendung der Strafe aus dem Reichsgebiete verweisen. Die Verweisung muß geschehen, wenn eine Verurteilung zu Suchthaus erfolgt ist. Zuständig sind neben den Strafkammern auch die Wuchergerichte.

Der Reichsrat stimmte in seiner letzten Sitzung dem Gesetzentwurf in der Fassung des Ausschusses einstimmig zu.

Die Völkerverbundstagung in Genf.

Die englischen Arbeiter für Deutschlands Zulassung.

Obwohl die deutsche Regierung selbst noch nicht um Aufnahme in den Völkerverbund gebeten hat, hat die Frage der Zulassung der Mittelmächte die erste Völkerverbundversammlung in Genf schon mehrfach beschäftigt. Bereits bei Eröffnung der ersten Tagung betonte der schweizerische Bundespräsident Motta die Notwendigkeit eines allgemeinen Völkerverbundes, dem sämtliche Nationen, Sieger wie Besiegte, umfassen müßte. Auch die übrigen Neutralen, vor allem der Vertreter der südamerikanischen Republik Argentinien, trat mit einem bemerkenswerten Offenheit für die Einbeziehung der Mittelmächte in die Gesellschaft der Nationen ein. Die Alliierten selbst haben zunächst auf alle diese Anregungen nicht reagiert. Ja es hieß sogar, Frankreich wolle seine Delegierten zurückziehen, sobald die Zulassung der deutschen Delegierten ernsthaft erörtert werde.

Nun hat der englische Arbeitsminister Barnes trotz der französischen Drohung den Mut gefunden, allerdings auf eigene Verantwortung und im Namen der englischen Arbeitermassen, die Forderung zu erheben, daß die ehemals feindlichen Länder im Völkerverbund zugelassen werden. Diese Ansicht, die der englischen Arbeitermassen, sagte Barnes, wird zweifellos von der Arbeiterschaft der ganzen Welt geteilt. Sie kam schon zum Durchbruch bei der Frage der Washingtoner Arbeiterkonferenz, an der die englische Arbeiterschaft teilzunehmen sich weigerte. Insofern nicht auch die Arbeiter der ehemals feindlichen Länder ihre Vertreter entsenden könnten. Die Mitwirkung der ehemals feindlichen Länder an der Finanzkonferenz in Brüssel war von großem Wert, und es hat sich da schon gezeigt, daß nur durch eine internationale Zusammenarbeit ohne Zuziehung der feindlichen Staaten etwas Positives nicht geschaffen werden kann. Wir müssen das alte System der politischen Allianzen aufgeben, das so viel Unheil geschaffen hat. Heute muß doch festgestellt werden, daß die kaiserlichen Regierungen und die verantwortlichen Kanzler verschwunden sind und einer vergangenen Zeit angehören, und daß die Regierungen, mit denen wir es heute zu tun haben, Vertreter des deutschen Volkes sind, das Einfluß auf diese Regierung hat. Der Völkerverbund muß nicht rückwärts, sondern in die Zukunft blicken, nur dann wird es ihm möglich sein, die Mitwirkung der ganzen Welt sich zu sichern und eine Ära des Friedens und der stetigen Entwicklung für die Nationen zu schaffen.

Lloyd George erklärte im Unterhause auf die Anfrage, ob eine Versicherung abgegeben werden könne, daß, wenn Deutschland einen Antrag auf Zulassung zum Völkerverbund stelle, die britischen Vertreter diesen Antrag unterstützen würden, die britische Regierung wisse nichts davon, daß ein solcher Antrag an sie gerichtet werden würde. Ferner gab Lloyd George zur Antwort, er wisse nicht, ob die gegebenen habe, sich dem Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund zu widersetzen, und schließlich sei die Frage, ob die französische Regierung ihren Delegierten Anweisung noch nicht gemeinsam mit der französischen Regierung gegeben worden.

Der Genfer Korrespondent der „New York Tribune“ dagegen will erfahren haben, daß England die Zustimmung Frankreichs erlangt hätte zu einer Anforderung an Deutschland, für die nächste Sommerversammlung des Bundes ein Zulassungsbegehren einzureichen. Die genaue Form der an Deutschland zu richtenden Einladung sei noch nicht festgesetzt, da Frankreich seine sämtlichen Vorbehalte in bezug auf die Wiedergutmachung in die Einladung hineinzubringen wünscht.

Die deutschen Kolonien vor dem Völkerverbund.

Bei dem Vorstehenden des Völkerverbundes ist eine Note der deutschen Regierung eingelaufen, die sich auf das Mandatsverhältnis der ehemals deutschen Kolonien bezieht. Der Wortlaut ist noch nicht veröffentlicht worden.

Politische Rundschau.

— Berlin, 22. November 1920.

— In Essen wurde am Sonnabend der 10. Kongreß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands mit einer Rede des preussischen Wohlfahrtsministers Stegerwald, des Vorsitzenden des Gesamtverbandes, eröffnet.

— Am Donnerstag sind in Köln die Vorhände des Deutschen und des Preussischen Städtebundes, der seine Haupttagung abhält, zu gemeinsamer Beratung zusammengetreten.

— Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg wird sich, wie der „Möbeler Anzeiger“ meldet, demnächst nach Afrika begeben, um an einer wissenschaftlichen Expedition teilzunehmen.

— Für den zum Senator in Hamburg gewählten demokratischen Reichstagsabgeordneten Stubmann, der sein Reichstagsmandat niedergelegt hat, tritt der frühere mecklenburgische Kultusminister Siedow, der auch der verfassunggebenden Nationalversammlung angehörte, neu in den Reichstag ein.

— Der Abg. Thabor (Soz.), gewählt im 26. Wahlkreis Düsseldorf, ist auf Grund eines Beschlusses des Wahlprüfungsgerichtshofes aus dem Reichstage ausgeschieden.

— Der württembergische Staatspräsident Prof. Dr. v. v. Hieber (Dem.) hat, wie der „Tag“ mitteilt, den ihm vom König verliehenen Adel abgelegt.

„Sparsamkeit ist das Gebot der Stunde! Nicht eindringlich genug kann die Regierung tagtäglich darauf hinwirken. Alle die Mahnungen sind fruchtlos, wenn gerade bei der Reichsverwaltung immer wieder grobe Verstöße gegen dieses Prinzip vorkommen. Neuerdings berichten jüdische Blätter von einer merkwürdigen Maßnahme der Reichspostverwaltung. Bekanntlich macht sich die Post jetzt die Bekämpfung in weitestem Maße nutzbar. Nicht nur die Schalterräume und die Postwagen, auch die Briefkästen müssen Bekämpfungsfelder liefern. Um an den Briefkästen Bekämpfungsfelder hängen zu können, müssen nun an jedem Kasten 12 Bohrlöcher angebracht werden. Damit diese Bohrlöcher nun in ganz Deutschland schon gleichmäßig ausfallen, werden, wie der „Deutsche Schnellbrief“ meldet, die Bohrlöcher von Berliner Bohrer ausgeführt, die auf Reichskosten in ganz Deutschland und umherreisen und ihres Amtes walten. Ueberall in Baden, Hessen, Württemberg, Bayern, in Stadt und Dorf, sind Berliner Bohrer tätig. Können ihre

zwei Vomer in jeden Briefkasten, machen ihre Reise- und Tagesbesuche und sorgen so für eine einheitliche Bekämpfungspolitik. Weiß der Herr Reichspostminister von diesen reisenden Berliner Bohrer? Glaubt er, daß es in den verschiedenen Oberpostdirektionsbezirken nicht auch Leute gibt, die die zwölf Bohrer sachgemäß zu Landebringen könnten, und zwar ohne Reise- und Tagesbesuche? U. U. m. g.!

„Vizekanzler Heinze über eine einheitliche Regierung in Deutschland. Bei seinem Besuch in Dresden während des Wahlkampfes äußerte sich der Vizekanzler, Reichsjustizminister Dr. Heinze (D. Bpt.), über die Zusammensetzung der einseitigen Kabinette in Deutschland. Es ginge nicht an, daß die Reichsregierung rein bürgerlich sei, und die Einzelstaaten sozialdemokratisch-demokratisch, wie in Sachsen, rechtsparteilich, wie in Bayern, und unabhängig, wie in Mecklenburg, regiert würden. Das Moment der Beunruhigung und Unsicherheit im Volke würde auf diese Weise nicht schwinden. Im Interesse der Gesamtheit müsse man zu einer vom einheitlichen Gesichtspunkt geleiteten Regierung auch in den Einzelstaaten gelangen.

„Der Abtransport der Spalolen. Zurzeit finden in Paris mit der Wiedergutmachungskommission Verhandlungen über eine anderweitige Regelung des Abtransportes der Reparationslieferungen von Kohle statt. Zwei Vertreter des Reichskohlenbündels und des Reichskohlenkommissars für die Kohlenverteilung haben sich zu diesem Zwecke nach Paris begeben, der Anlaß der Verhandlungen ist in der überaus ungünstigen Transportlage zu suchen, die durch das Niedrigwasser an dem Rhein herbeigeführt ist und welche inzwischen auch zu erheblichem Wagenmangel im Ruhrgebiet geführt hat.

„Die erste Wiedergutmachungskonferenz. Daraus meldet: Es verlautet, daß im Laufe des Dezember unter dem Vorsitz des belgischen Ministerpräsidenten Delcroix eine Konferenz der alliierten Sachverständigen stattfinden wird, um die Wiedergutmachungsfrage zu beraten.

„Neue Note über Eupen und Malmédy. In einer neuen Note über Eupen und Malmédy, die die Reichsregierung an den Völkerverbund gerichtet hat, wird die Zuständigkeit des Völkerverbundes für die Beantwortung der deutschen Protestnote bestritten und an die Entscheidung der Völkerverbundversammlung appelliert.

„Das erste Volksbegehren in Bayern. Nachdem die erforderliche Zahl von Unterschriften zur Einleitung eines Volksbegehrens für die Gemeinderatswahlen in München zusammengestellt ist, ist als Termin für das Volksbegehren der 12. Dezember angesetzt worden. Wenn die erforderliche Zahl von 200 000 Stimmen erreicht ist, so kommt als Wahltag der 16. Januar 1921 in Betracht. — Damit tritt zum ersten Male die in den neuen deutschen Verfassungen vorgesehene Einrichtung des Volksbegehrens praktisch in die Erscheinung.

„Die Wahl des Reichspräsidenten. Ueber den Termin der Wahl des Reichspräsidenten ist, wie die „Deutsche Umschau“ von unterrichteter Stelle hört, noch keine Entscheidung getroffen. Bisher bestand die Auffassung, daß die Wahl erst stattfinden solle, wenn die Grenzen des Reichsgebietes festgelegt sind, also die erste Grenzabstimmung erfolgt war. Ob die obersteinständige Abstimmung, auf deren Festlegung von deutscher Seite ständig gedrängt wird, schon am 20. Februar, dem voraussichtlichen Tag der Preußenwahlen, erfolgt wird, steht noch dahin. Schließlich ist auch zu erwägen, ob es überhaupt möglich ist, zwei so verschiedene Wahlen, wie die preussische Landeswahl und die Reichspräsidentenwahl an einem Tage zu erledigen. Das Reichskabinett wird demnächst dazu Stellung nehmen.

„Die Gliederung Deutschlands. Die unter dem Vorsitz des Staatssekretärs a. D. Graf Rüdern arbeitende Kommission, die die beantragten Änderungen in der Gliederung Deutschlands vorbereiten soll, wird noch vor Weihnachten, bzw. übergeben, einzelne der wichtigsten Fragen praktisch in Angriff zu nehmen. Es handelt sich hier besonders um Preußen. Auch die obersteinständige Frage dürfte in diesen Erörterungskreis hineinspielen. Der Zentralkomitee gehören ferner Reichstagsabgeordnete aller Parteien an, und zwar die Abgeordneten Desbrüll (Deutschnational), Deuthener (Dt. Bpt.), Dr. Raas (Bentr.), Heile (Dem.), Hilbrand (Soz.), Leicht (Bayern. Bpt.) und Ledebour (U. Soz.). Dazu kommen sieben vom Reichsrat bestellte Vertreter der Länder und 19 vom Reichsmittelrat des Innern ernannte Sachverständige. Die Zentralkomitee hat ein umfangreiches Programm aufgestellt und die Arbeiten auf verschiedene Ausschüsse verteilt. Die Entscheidungen der Zentralkomitee werden vom Reichsmittelrat des Innern als Gutachten gewertet.

„Die Zukunft des Memelgebietes. Der Gouverneur des Memelgebietes, der französische General Drey, erklärt, daß von einem polnisch-litauischen Abkommen, wodurch Memel zu Litauen als Kompensation für den Verlust Wilnas geschlagen würde, nicht die Rede sein könne. Allein der Völkerverbund habe über das Schicksal des Memelgebietes zu entscheiden.

„Die Kapitalverschleppungen nach dem Auslande. Die Kapitalverschleppungen des Bankhauses Grunert sind von dem früheren Reichskanzler Hermann Müller zum Gegenstande einer Interpellation gemacht worden, die am Montag im Reichstag verhandelt werden soll. Nun haben die Linke U. S. B. D. und die R. P. D. im Reichstag einen Antrag eingebracht, wonach ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß die Frage prüfen soll, in welchem Umfange die Vermögensverschleppung deutscher Staatsangehöriger durch die Nachlässigkeit der früheren Regierungen und ihrer Reichskanzler Hermann Müller, Gustav Bauer und Philipp Scheidemann Vorschub geleistet worden ist.

Rundschau im Auslande.

„Am 20. November findet in London ein internationaler Kongreß der Handelsgesellschaften statt. Es werden Frankreich, Belgien, Holland, Schweden, Deutschland, Deutsch-Oesterreich und wahrscheinlich auch Italien vertreten sein.

„Das kommunistische englische Unterhausmitglied Oberl Malone wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er war der Aufreizung zum Aufstand in Irland beschuldigt.

Angland: Strauchts Niederlage.

„Etwa 20 Schiffe, beladen mit Flüchtlingen und Kranken, sind aus der Krim in Konstantinopel eingetroffen. Nur die Kranken und Verwundeten, deren Zahl auf ungefähr 5000 geschätzt wird, dürfen landen. Die Franzosen haben Krankenhäuser für Kranke und Verwundete und Baracken für Flüchtlinge errichtet. Man weiß noch nicht, wohin Brangels Heer geschickt wird. Drei russische Armeen sind eingelaufen, andere Schiffe werden erwartet. Russische Organisationen, welche der Armee Brangels nahe stehen, haben beschlossen, den Kampf gegen den Bolschewismus fortzusetzen und Brangel weiterhin als Führer in diesem Kampfe anzusehen. „Times“ melden aus Konstantinopel, daß dort 20 000 Soldaten der Armee Brangels angekommen seien. „Associated Press“ meldet aus Warschau, daß die Ukrainer Kiew und andere Städte geräumt hätten und sich infolge der Offensive der Bolschewisten zurückzögen. — Laut „Brauda“ stellen die Bolschewisten zwischen Moskau und Wladiwostok eine Armee von 15 Divisionen auf. Im Gebiet von Dinaburg haben die Bolschewisten die gesamte polnische Intelligenz verhaftet und in Dylana 40 Polen als Geiseln festgenommen.

England: England erkennt seine Schulden an.

„Wie die Blätter aus London melden, hat das Kabinett beschlossen, die Verbindlichkeiten mit Asien fortzusetzen. Nach einer Meldung aus London hat die Finanzkommission erklärt, sie werde alle privaten Schulden gegenüber England anerkennen. Nach einer eingehenden Schätzung sei die Höhe der Schulden auf 421 000 Pfund Sterling festgesetzt worden. Ueber die Art der Rückzahlung wird noch verhandelt. — Ueber eine Rückzahlung der französischen Milliarden macht man sich in England zum großen Leid der Franzosen keinerlei Kopfschmerzen.

Griechenland: Um den griechischen Königsthron.

„Der neue Ministerpräsident Rhallis hat dem vorläufigen Regenten Admiral Konduriotis den Eid geleistet und darauf dessen Rücktritt gefordert. Die anderen Minister werden ihren Eid der Königin Olga ablegen, die die Regentschaft übernehmen wird. Das neue Kabinett ist bereits gebildet. Rhallis übernimmt außer dem Ministerpräsidenten das Ministerium für Inneres und das für Justiz. Benizelos ist an Bord der Yacht „Marcellus“ nach Nikosia abgereist. Nach einer Äthener Meldung des „Corriere d'Informazione“ ist Königin Olga, die Witwe Königs Georgs, zur Regentin bestellt worden. Alle griechischen Prinzen, die gegenwärtig in Italien weilen, haben die Weisung erhalten, heimzukehren. — Das „Echo de Paris“ läßt sich aus Athen melden: Die Führer der Royalisten scheinen auf die Rückberufung König Konstantins auf den Thron aus Rücksicht auf die Entente verzichtet zu wollen. Sie sollen beschlossene haben, den Kronprinzen Georg den Thron anzutragen. Die Royalisten hätten erklärt, höhere Ansprüche darauf zu haben, daß England und Frankreich dieser Forderung der Frage grundsätzlich sich nicht entgegenstellen würden. Die Kammer soll als einzige verfassungsgemäße Gewalt in aller Kürze eintreten werden. Sie wird sich über die Thronfolge aussprechen und die Frage dann einer Volksabstimmung zur Entscheidung unterbreiten werden. — Die griechischen Vertreter im Völkerverbundkongreß in Genf haben ihr Mandat niedergelegt. Desgleichen haben die griechischen Gesandten in Berlin und London sowie der Generalkonsul in Genf bereits demissioniert. Auch der griechische Oberkommissar in Konstantinopel ist zurückgetreten. Die Ernennung einer neuen Delegation für den Völkerverbundkongreß wird machend erwartet.

Lozales und Provinzielles.

„Weissenheim, 23. Nov. Die Handelskammer Wiesbaden gibt bekannt: Der Handelsvertragsverein, Berlin W. 9, Köthenerstr. 28/29, hat eine Dauermusterausstellung für deutsche Erzeugnisse in verschiedenen Ländern vorbereitet. Firmen, die dafür Interesse haben, wird anbegehrt, sich direkt an den genannten Verein zu wenden.

„Weissenheim, 23. Nov. „Das Reichseinkommensteuer-Gesetz“, so lautet das Thema, über welches auf Veranlassung des „Kaufm. Vereins Mittel-Rheinland“ Herr Justizrat Dr. Fuld, Mainz, am Dienstag den 30. Nov., abends 6 1/2 Uhr, im großen Hörsaal der höheren staatl. Lehranstalt in Weissenheim sprechen wird.

„Weissenheim, 23. Nov. Demokratische Kundgebung. Die von der demokratischen Jugend des Rheingaukreises am Fuß- und Bettag abends im „Frankfurter Hof“ veranstaltete öffentliche Kundgebung hatte einen vollen Erfolg. Bei seinen Begrüßungsworten konnte der Vorsitzende, Herr Heinrich Hübner jr. mit Genugung auf den äußerst guten Besuch der Versammlung hinweisen und insbesondere seine Freude darüber zum Ausdruck bringen, daß an Stelle des verhinderten Kultusministers Herrn Dr. Strecker der Reichstagsabgeordnete Herr Pfarrer Korell aus Nieder-Ingelheim erschienen sei. Einleitend legte zunächst im Namen der Jugend Herrn cand. rer. pol. Lemmer aus Wiesbaden ein warmes Bekenntnis der demokratischen Jugend zum unglücklichen Vaterland ab. Alte Ideale sind für uns Junge zusammengebrochen, neue müssen wir suchen. Laßt uns durch höchstes Verantwortungsgefühl dem Vaterland gegenüber mithelfen am Ausbau des Volksstaates! Dann ergriff Reichstagsabgeordneter Herr Pfarrer Korell das Wort, um in eindringlicher und zu Herzen gehender Weise Alten und Jungen nicht eine politische Rede zu halten, sondern in trostgebender, bereichernder Sprache bis auf die tiefsten Wünsche des menschlichen Seins zu gehen, die geistige und kulturelle Verirrung der Zeit zu beleuchten, und zur wahrhaftigen Verinnerlichung aufzurufen. Es war eine Vortragspredigt, wie sie packender und ergreifender nicht gepredigt werden konnte. Es würde eine Abkürzung der ergreifenden Predigt des Reichstagsabgeordneten Herrn Pfarrer Korell bedeuten, würde man in der Berichterstattung den Versuch unternehmen, auch nur annähernd die herrlichen Worte des Redners wiederzugeben. Somit Herr Pfarrer Korell auf die politischen Dinge zu sprechen kam, betonte er, daß keine äußere Macht, kein schönes Programm eine Verrückung der heutigen politischen und wirtschaftlichen Not herbeiführen könne, sondern nur die einzelne Persönlichkeit könne helfen, jeder an seinen Platz. Das deutsche Volk bedarf so dringend des inneren Friedens wie auch des äußeren Friedens und den verbürgen nicht Idealismus noch Monarchismus sondern nur die auf dem unerschütterlichen Rechtsbewußtsein aufgebauten Ideen der deutschen Demokratie. Der mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag, hatte auf alle Zuhörer ein solchen Eindruck der Ergriffenheit hinterlassen, daß auf eine Aussprache allerseits verzichtet wurde. Vor Schließung der Versammlung dankte Herr Hübner allen Erschienenen, besonders Herrn Pfarrer Korell, und betonte, daß gerade die demokratische Jugend davon überzeugt wäre, daß nur durch geistige und kulturelle Vertiefung und Erneuerung unser Volk die größten Nöte der Zeit überwinden

sonne. Alles in allem, die ergreifende Rundgebung hat bewiesen, daß die Deutsche Demokratie, fern aller wirtschaftlichen und politischen Verheerungen den richtigen Weg der Sachlichkeit und Gerechtigkeit beschreitet.

△ **Neue Wertverpackungen** werden in den nächsten Tagen zur Ausgabe gelangen, und zwar handelt es sich um die höheren Werte zu 1, 1½, 2 und 4 Mark; sie sind nicht größer als die Pfennigwerte und werden ebenfalls in Buchdruck, aber zweifarbig, hergestellt. Die Marke zu 1 Mark erhält einen grünen Kern mit einem weißblauen Rahmen, die zu 1½ Mark rotviolett mit flammendneurot, die zu 2 Mark hellblau mit lila-schwarz, die zu 4 Mark rot mit schwarz. Die bisher gültigen Kupfer- und Gummidruckmarken bleiben weiter in Gebrauch.

△ **Private Wertversicherung von Postpaketen.** In letzter Zeit haben private Versicherungsgesellschaften die Versender von Postpaketen öffentlich aufgefordert, die Pakete bei ihnen vor der Übergabe an die Post gegen Verlust oder Wertverminderung zu versichern. Zum Zeichen der vollzogenen Versicherung sollen von der Versicherungsgesellschaft gelieferte Wertversicherungsmarken auf den Abschnitt der Paketkarte geklebt werden. Für eine private Versicherung dieser oder ähnlicher Art liegt aber, wie aus dem Reichspostministerium amtlich mitgeteilt wird, bei dem heutigen Stand des Wertpaketenverkehrs der Post keine Veranlassung vor. Der Absender kann jetzt bei der Post ein Paket mit Wertangabe bis 500 Mark aufgeben, ohne es in besonderer Weise zu verpacken und überhaupt zu versiegeln. Er hat lediglich den Wert auf der Paketkarte anzugeben. Die Post stellt für ein solches Paket wie für andere Versendungen eine Einlieferungsbescheinigung aus. Bei Paketen mit Wertangabe von mehr als 500 Mark ist eine dem wertvollen Inhalt entsprechende Verpackung und die Versiegelung notwendig. Für beide Arten von Wertpaketen hastet die Post bis zur Höhe der Wertangabe nach dem Postgesetz, und zwar werden nach den nunmehrigen Grundätzen der Postverwaltung in Verlustfällen die Herstellungskosten des Paketinhalts mit Einschluß eines angemessenen Unternehmergewinns vergütet. Die Postverwaltung erleichtert also den Auflieferern die Versendung unter Wertangabe in weitestgehendem Maße und kommt auch hinsichtlich der Haftung billigen Anforderungen nach. Das Publikum kann sich bei der Benutzung der allgemeinen Posteinrichtungen die Ausgaben für eine private Wertversicherung ersparen. Diese bietet dem Paketversender in Form einer erhöhten Sicherheit für die Beförderung der Sendung, denn die Post hat mit der privaten Wertversicherung überhaupt nichts zu tun.

* **Rauenthal, 20. Nov.** Der Rauenthaler Winterverein verkaufte die Hälfte seiner 1920er Weinstockszweige etwa 55 Halbtuch, an die Selbstfirma Math. Müller in Eltville, das Stück zu 31 000 Mk. Der Kauf wurde durch die Weinkommissionäre Winter und Obereicher in Mendorf abgeschlossen.

* **Gaub, 20. Nov.** Seit einer Reihe von Jahren ist nunmehr der seltene Fall zu verzeichnen, daß innerhalb eines Jahres der höchste und auch der niedrigste Wasserstand eingetreten ist. Am 16. Januar d. J. zeigte der Gauber Pegel 7,80 Meter Höhe und am 16. November d. J. nur noch eine Höhe von 80 Zentimeter oder sieben Meter tiefer als zur Zeit des Hochwassers.

* **Biebrich, 19. Nov.** Ein tödlicher Unglücksfall hat sich am Dienstag nachmittag am Bahnhof Ost ereignet. Der 39jährige in Walluf wohnende Eisenbahnschlosser Karl Brauns war mit anderen Leuten damit beschäftigt, Gegenstände über das Schienengelände zu tragen. Dabei mußte er auch zwischen einem eben in der Zusammenstellung befindlichen Güterzug hindurch. Gerade im Augenblick, als sich der Mann zwischen den Wagen befand, wurden diese zusammengestoßen, wobei er von den Puffern erfasst und ihm der Brustkorb eingebrückt wurde. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstarb der Unglückliche. Sein ebenfalls dort beschäftigter Sohn, der nicht weit hinter dem Vater herging, war Zeuge des schrecklichen Unfalles.

Soziales.

+ **Ein Gegenentwurf zum Arbeitslosenversicherungsgesetz.** Die Handelskammer zur Berlin hat die Besetzung der Arbeitslosenversicherung und einen eigenen Entwurf eines Gesetzes aufgestellt, der an Stelle der Krankenkassen und Krankenkassenverbände das Reich zum Träger der Arbeitslosenversicherung macht und die im Regierungsentwurf vorgesehenen Arbeitsnachweiskämter mit der Durchführung der Verwaltung beauftragt.

+ **Tarifabschluß im Deutschen Buchdruckgewerbe.** Nach vierwöchentlicher Verhandlung haben sich die Vertreter beider Parteien verständigt. Die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker ist erneuert worden. Ein neuer Lohnstarif für die Gehilfen, verbunden mit einem Reichstarif für Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, ist für die Dauer von zwei Jahren zum Abschluß gekommen. Es steht zu hoffen, daß damit der gewerbliche Frieden des Deutschen Buchdruckgewerbes auch weiterhin erhalten bleibt.

Der Zentralverband der Angestellten (Ortsverwaltung Mainz) berichtet: Die Einnahmer der „Victoria-Versicherungsgesellschaft Mainz“ sind ausgepfert, d. h. sie dürfen die Ausführung des Infassos nicht mehr weiter ausüben, wenn sie nicht den an Stelle ihres noch bis zum 31. Dez. 1920 zu Recht bestehenden Tarifvertrages, einen sogenannten Debetortrettervertrag, unterschreiben, welcher erstens nicht auf gewerkschaftlichem Wege vereinbart wurde und auch nicht einmal ein Existenzminimum sichert.

Die Einnahmer haben in einer am Samstag im „Goldenen Pfad“ stattgefundenen Versammlung, bei welcher auch die Obleute der Einnahmerschaft von Wiesbaden, Worms und Bingen zugegen waren, durch eine Resolution einstimmig erklärt, daß sie bereit sind, das Infasso in der bis jetzt geführten Weise weiter auszuüben, bis der Schlichtungsausschuß eine Entscheidung in der Massenklagenangelegenheit geschaffen hat.

Die Arbeitswilligkeit bekunden die Einnahmer vor allem damit, um den Versicherungsnehmern der Volksversicherung, welche zum größten Teil aus Arbeitern und Angestellten besteht, die Lasten des bei der „Victoria“ inzwischen eingeleiteten 14tägigen Infassos durch den Ausfall nicht noch unerträglich zu machen.

Wir geben dies der Allgemeinheit zur Kenntnis, um sich ein Urteil zu bilden, wie heute die größte kapitalistische Versicherungsgesellschaft mit ihren Angestellten, letzten Endes mit ihren Versicherungsnehmern verfährt.

Aus Stadt und Land.

** **Erkrankung der Kaiserin Auguste Viktoria.** Infolge des sehr besorgniserregenden Befindens der ehemaligen deutschen Kaiserin ist, wie aus dem Haag gemeldet wird, der kaiserliche Kronprinz von Beringen nach Haus Doorn abgereist.

** **Eine Räuberbande in Peine.** Ein einsam gelegenes Wohnhaus in Peine wurde am Freitagabend von einer Räuberbande umstellt und vollständig ausgeplündert. Am Donnerstag früh gegen 4 Uhr wurde eine Räuberbande von drei Mann, die in einem benachbarten Dorfe geplündert hatte, von zwei Polizeibeamten festgenommen. Einer der Räuber schoß den Nachtwächter nieder. Die Räuber sind entkommen.

** **Landarbeiterstreik in Pommern.** Am Donnerstag sind im ganzen Regierungsbezirk Stralsund einschließlich der Insel Rügen die Landarbeiter in den Streik getreten. Der Streik ist auf eine Entscheidung des Amtsgerichts in Greifswald zurückzuführen, in der Arbeiterentlassungen als berechtigt anerkannt wurden.

** **Ein schweres Explosionsunglück,** dem allem Anschein nach eine verbrecherische Handlung zugrunde liegt, ereignete sich am Freitag im Süden Berlins. Mehrere Arbeiter und der Kutscher waren damit beschäftigt, einen Transportwagen, der mit zusammengepreßtem Altpapier und Lumpen beladen war, abzuladen und die einzelnen Ballen abzuwiegen. Als die Arbeiter einen der Ballen von dem Wagen herabwarfen, explodierte dieser plötzlich mit lautem Knall. Der Kutscher wurde sofort getötet und zwei Arbeiter verletzt. Nach den bisherigen Feststellungen, die jedoch noch nicht endgültig sind, haben sich in den Papierballen einige Kartons Zündkapfen befunden, die entweder in verbrecherischer Absicht oder aus unglaublichem Leichtsinne in die Ballen hineingebracht wurden.

** **Raubüberfall auf eine Grube.** Auf das Büro der Grube „Georg“ in Wärsleben verübten vier maskierte Räuber einen Raubüberfall. Sie hielten die Buchhalter und Buchhalterinnen mit vorgehaltenem Revolver in Schach, plünderten die Geldschränke aus und durchwühlten sämtliche Kiste und Schränke nach Wertgegenständen. Es fielen ihnen aber nur etwa 4000 Mark in die Hände. Den Eingang zu dem Büro hielt ein bewaffneter Räuber besetzt. Nach vollendeter Tat flüchteten sie auf Fahrrädern in der Richtung nach Stahlfurt.

** **Regierungsdank an die Technische Nothilfe.** Der Reichsminister des Innern, Koch, hat der Technischen Nothilfe eine Mitteilung gehen lassen, in der er a. a. heißt: „Es ist mir als zuständigem Reichsminister eine freudige Pflichterfüllung, der Technischen Nothilfe für die freudige Hingabe zu danken, mit der sie sich seit Beginn während des Berliner Elektrizitätsstreiks wieder selbstlos in den Dienst der Gesamtheit gestellt hat. Ihr Ziel ist, in diesem Kampfe die Gesamtheit vor schwersten Erschütterungen infolge Stilllegung lebenswichtiger Betriebe zu bewahren. Durch ihre Hilfsbereitschaft mildern die Nothelfer die Art der Austragung solcher Kämpfe. Je mehr unsere Verhältnisse gesunden, um so seltener wird es erforderlich sein, die Technische Nothilfe zu ihrer freiwillig übernommenen Pflicht aufzurufen. Aber immer wird sie das Bewußtsein haben dürfen, in schwerer Zeit dem Staate und der Wirtschaft wertvolle Dienste geleistet zu haben.“

** **Vorlesungen gegen Holz.** Die sächsische Regierung erläßt folgende Rundgebung: „Wie bekannt, ist der wegen Brandstiftung, Erpressung und vieler anderer strafbarer Handlungen beschuldigte Kommunist Max Holz aus der Haft, in der er sich in Böhmen befand, entlassen und setzt wieder im Vogtland aufgetaucht. Jedermann wird gewarnt, Holz zu beherbergen, noch ihm sonst irgendwelchen Beistand zu leisten. Wer das tut, hat selbst harte Strafen wegen Begünstigung zu gewärtigen. Es müsse vielmehr mit Rücksicht auf die Gefährlichkeit des Treibens des Holz ermahnt werden, daß die Bevölkerung auch ihrerseits alles tue, um eine baldige Ergreifung des Holz und seine Bestrafung zu ermöglichen. Auf die schon früher auf seine Ergreifung ausgesetzte Belohnung wird verwiesen.“ Die Nachricht, wonach 200 Mann der Landespolizei von der Regierung nach Auerbach geschickt werden sollten, wird von den zuständigen Stellen als falsch bezeichnet.

** **Flugzeug-Schießungen nach Dänemark.** Der „Rostocker Anzeiger“ meldet: Der Flugzeugführer Erich A. aus Berlin-Karlshorst, der im Juli d. J. vom Reichsverweirungsamt Berlin im Fliegerhorst Fürstentum drei Flugzeuge kauft erworben und ohne Ausfuhrerlaubnis zwei von ihnen nach Dänemark ausgeführt hatte, wurde wegen Vergehens gegen die Passvorschriften und gegen die Bestimmungen des Vereinszollgesetzes zu einer Geldstrafe von 52 000 Mark verurteilt. Auch wurde auf Einziehung des Wertes der beiden verkauften Flugzeuge im Betrage von 26 000 Mark erkannt.

** **Der Mörder Rosa Luxemburgs.** Ein im Erfurter Garnisonlazarett liegender angeblicher Fliegeroberleutnant, namens Karl Heinz Hoffmann aus Pommern, beschuldigte sich, der Mörder Rosa Luxemburgs zu sein. Hoffmann ist Morphinist; die Ermittlungen über seine Persönlichkeit sind im Gange.

** **Salvarsan-Schmuggel an der böhmischen Grenze.** An der deutsch-tschechischen Grenze ist es preussischen Zollbeamten gelungen, einen großen Salvarsan-Schmuggel aufzudecken. Sie beschlagnahmten bei Messersdorf 8000 Gläschen. Zwei Schmuggler wurden verhaftet, ein dritter entkam.

** **Schwabenhilfe aus Amerika.** 250 500 Mark haben bisher die Schwaben in Amerika aus einer Sammlung des „Schwabischen Wochenblattes“ in New York gesammelt, damit die Stadt Stuttgart Hilfe für Kinder und Kranke der Stadt beschaffen kann. Nun haben sie abermals dem Herrn Oberbürgermeister Lautenschlager 250 000 Mark überwiesen und stehen mit diesem Ergebnis von über 500 000 Mark an der Spitze aller amerikanischen Landemannschaften.

** **Der Streit in der Rheinschiffahrt beendet.** Infolge der Anerkennung des Schiffsbruches durch die Reederei ist der Streit der Rhein- und Kanalschiffer abgeklungen und die Arbeit in diesem Umfange wieder aufgenommen worden.

Neueste Nachrichten.

TU Berlin, 23. Nov. Durch die Aufmerksamkeit eines Güterbeamten auf dem Anhalter Bahnhof konnte eine Sendung, die 100 Kilogr. Gold in Barren enthielt angeliefert werden, wobei es sich vermutlich um eine Goldschiebung größeren Stils handelte. Das Gold mußte der Beschlagnahme anheimfallen.

TU Stettin, 23. Nov. Auf der hiesigen Vulkanwerft ist der erste Stapellauf seit dem Kriege erfolgt. Es handelt sich um den Dampfer „Hela“ der für die „Neue Dampferkompanie“ erbaut, zusammen mit den auf den Oderwerken gebauten Dampfer „Wartburg“ für den Ostseeverkehr bestimmt ist.

TU Amsterdam, 23. Nov. Wie „Handelsblad“ aus Doorn vernimmt, wurde der deutsche Kronprinz gestern in Doorn erwartet, wo er die Kaiserin besuchen wollte, deren Befinden sich gebessert hat.

TU Paris, 23. Nov. Der Spezialberichterstatter des „Matin“ in Genf, teilt seinem Blatte unterm 21. Nov. mit: Die 5. Kommission des Völkerbundes, welche die Frage der Zulassung neuer Staaten zum Völkerbund gestern Abend beriet, hat einstimmig den Vorschlag Bionis angenommen, demzufolge der Eintritt Deutschlands und Rußlands in den Völkerbund vorläufig ausgeschlossen ist, sodaß voraussichtlich diese Frage auf der Konferenz nicht einmal zur Sprache kommen wird.

Bekanntmachung.

Mittwoch den 24. d. Mts., vormittags von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 2—5 Uhr kommen in der Kinderschule

Mäntel, Jacken, Hosen usw.

zur Ausgabe.

Donnerstag den 25. d. Mts. kommen im Lager bei Frau Meurer (Bühlstraße) vorm. von 8½—11½ Uhr und nachm. von 1½—4 Uhr

Kleie

zum Preise von 40 Pfg. das Pfund zum Verkaufe. Auf eine Kuh entfallen ungefähr 30—40 Pfund.

Bezugscheine werden von 8—12 Uhr im Wirtschaftsamt ausgegeben.

Ziegenhalter erhalten nächste Woche.

Von Montag den 29. November an kommt in den Kolonialwarenhandlungen der

Haushaltungszucker

für den Monat Dezember zur Verteilung. Auf die Person entfallen 700 Gramm zum Preise von Mk. 3.50 das Pfund.

Die Abtrennung des Zuckerabschnittes für den Monat Dezember hat am Mittwoch den 24. und Donnerstag den 25. November zu erfolgen.

Die Kolonialwarenhändler haben die Abschnitte sowie leere Säcke für die Reste bis Freitag Vormittag spätestens 10 Uhr im Wirtschaftsamt abzugeben.

Geisenheim, den 23. November 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Diejenigen Winzer, welche noch Wein zudern wollen, können die entsprechende Menge Weinzucker zum Preise von Mk. 12.— das Pfund erhalten. Anmeldungen sind von Mittwoch den 24. bis Samstag den 27. November, 12 Uhr, beim Wirtschaftsamt zu machen.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nur diejenigen bezugsberechtigt sind, welche Wein tatsächlich zudern. Hierbei sind die Bestimmungen des Weingesetzes zu beachten, welches eine Zudernung nur in den Fällen gestattet, in welchen ein Mangel an Alkohol und ein Uebermaß an Säure festgestellt ist und welche die Anmeldung der Zudernung bei der Ortsbehörde vorschreiben. Zuwiderhandlungen ziehen gerichtliche Strafen nach sich.

Im allgemeinen liegt bei einem Mostgewicht von 80° Dechle, entsprechend 8 gr Alkohol in 100 ccm Wein, ein Mangel an Zucker bzw. Alkohol nicht vor, ebenso ist ein Säuregehalt von 9—10‰ nicht als übermäßig zu erachten.

Weiter hat jeder Weinbergbesitzer zu beachten, daß der Zucker zum Wein gehört. Wenn die Trauben oder der Wein verkauft werden oder schon verkauft sind, so ist der Weinbergbesitzer verpflichtet, den Zucker bzw. den Bezugschein an den Käufer weiterzugeben. Jede Weigerung eines Weinbergbesitzers hat Weiterungen für ihn zur Folge.

Geisenheim, den 23. November 1920.

Der Magistrat.

Soeben erschienen!

Musikalische Edelsteine

Band 8

40 wirklich erstklassige beliebte Werke für Klavier 2händig (mit überlegte Text) für Gesang u. Klavier mit vollständ. Text

Preis Mk. 36.— einchl. aller Zuschläge.

Umfang des Bandes 192 Seiten.

Aus dem Inhalt: Potpourri aus Bajazzo (H). Eugen Onegin. Schlinger aus: Der ersten Liebe goldne Zeit. Die kleine Heide. Fräulein Puck.

Salon-Musik: Delibes, Pas des fleurs a. Nalla. Durand, Chaconne.

Lieder: Becker, Frühlingzeit. Gastaldon, Musica proibita. Hildach, Strampelchen. Oetvös, Heut muß ich mein Mädel haben. Pawlowitsch, Hab' Mitleid usw.

Vorrätig in allen Musikalienhandlungen oder beim

Verlag Anton J. Benjamin,
Hamburg 11, Alterwall 44.

Bekanntmachung.

Einkommensteuer bei Privatverkäufen, Vermietung von Flächen für Kellerei und Zimmervermietung durch Privatpersonen.

Umfang der Steuerpflicht.

Wenn eine Privatperson Edelmetalle, Edelsteine, Halbedelsteine, Perlen, Schmuckstücke, Juwelier- und Bijouteriewaren aller Art, Gegenstände aus Bernstein, Elfenbein, Perlmutt, Schildplatt, Musikinstrumente, Automobile, Motorräder, Motorboote, Kutschwagen, Belgischen, Teppiche, Kunstgegenstände oder Antiquitäten verkauft, muß 15 v. H. des Kaufpreises an Einkommensteuer entrichten. Auch ein Gewerbetreibender, der einen der vorbezeichneten Gegenstände verkauft, ohne daß dieser Gegenstand in seinen Gewerbebetrieb fällt, hat die gleiche Steuer zu zahlen.

5 v. H. des Preises haben Privatpersonen zu entrichten, die Anzeigen übernehmen, indem sie z. B. Räume oder Flächen für Kellereizwecke vermieten.

10 v. H. des Mietpreises haben Privatpersonen zu entrichten, wenn sie eingerichtete Schlaf- und Wohnräume auf nicht länger als drei Monate vermieten und das Entgelt für den Tag oder die Übernachtung 5.— Mk. oder mehr beträgt.

Art der Steuer-Entrichtung.

Der Verkäufer (Vermieter) der Anzeige, Vermieter) hat über das vereinnahmte Entgelt eine Quittung auszustellen und die Steuer gleichzeitig mit der Ausstellung der Quittung in bar an das für ihn zuständige Umsatzsteueramt oder durch Verwendung von Stempelmarken zu entrichten. Diese sind bei den Postanstalten nach den Bestimmungen des Landesfinanzamtes vorrätig. Einzelheiten sind aus den Zeitungen zu erfahren oder durch Nachfragen beim Umsatzsteueramt festzustellen. Geschieht die Entrichtung in bar oder werden die Stempelmarken durch eine Behörde oder einen Beamten innerhalb ihrer dienstlichen Zuständigkeit entwertet, so kann das für den Steuerpflichtigen erhebliche Vorteile haben, die er nicht genießt, wenn er die Stempelmarken selbst entwertet.

Der Käufer (Besteller der Anzeige, Mieter) muß prüfen, ob die Steuer (z. B. durch Entwertung der Stempelmarken auf der ihm ausgehändigten Quittung) entrichtet ist. Ist dies nicht der Fall, muß er es tun.

Sonstiges.

Wer vorstehende Bestimmungen nicht beachtet, macht sich einer Steuerhinterziehung schuldig und unterliegt daher einer Geldstrafe bis zum Zwofachen Betrage der hinterzogenen Steuer oder einer gegebenenfalls auf Kosten des Verurteilten bekanntzumachenden Gefängnisstrafe, sowie den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Die vollständigen für diese Steuerpflicht in Betracht kommenden Bestimmungen sind in Nr. 35 des Zentralblattes für das Deutsche Reich, Jahrgang 1920, Seite 937 veröffentlicht und im Buchhandel käuflich. Etwaige Unklarheiten werden zweckmäßig durch Rückfragen beim Umsatzsteueramt (Finanzamt) geklärt. Hier sind auch die erforderlichen Formulare erhältlich.

Rüdesheim, den 5. November 1920.

Finanzamt (Umsatzsteuerstelle).

Wird hiermit veröffentlicht.

Geisenheim, den 19. November 1920.

Der Magistrat. Stahl.

Bekanntmachung.

Bezüglich der Ausfüllung der den einzelnen Wohnungsinhabern zugestellten Wohnungsanzeigen machen wir noch auf den § 6 der Wohnungsluxussteuerordnung, der auf der Rückseite der Wohnungsanzeige nicht mit abgedruckt ist, besonders aufmerksam. Dieser lautet:

§ 6.

Räume, welche ausschließlich zu gewerblichen oder beruflichen Zwecken benutzt werden (Läden, Lagerräume, Werkstätten, Wartezimmer der Ärzte, Büroräume, Schlaf-räume für landwirtschaftliches oder berufliches Gesinde usw.), werden bei der Berechnung der Steuer nicht mitgezählt.

Die gewerbmäßig zur Untermiete bereit gestellten Räume in Gasthöfen, Pensionen, Hospizien und dergl. werden nicht als Wohnräume zugerechnet. Dagegen werden die Untermieter dieser Wohnräume als besonderer Hausstand veranlagt.

Räume, die ausschließlich zu gewerblichen oder beruflichen Zwecken benutzt werden, müssen in der Anzeige besonders bezeichnet werden.

Geisenheim, den 22. November 1920.

Der Magistrat. Stahl.

Bekanntmachung.

Gemäß § 25 des Reichswahlgesetzes vom 27. April 1920 in Verbindung mit § 71 der Wahlordnung wird zwecks Feststellung eines Ersatzes für ein ausgeschiedenes Stadtverordnetenmitglied eine öffentliche Sitzung des Wahlausschusses auf **Mittwoch den 24. November 1920, nachm. 6 Uhr**, in den hiesigen Rathausaal anberaumt. Jeder Wahlberechtigte (§ 2 des Reichswahlgesetzes) hat Zutritt.

Geisenheim, den 22. November 1920.

Die Wahlkommission. Stahl.

Bekanntmachung.

Mittwoch den 24. November, nachmittags von 2—4½ Uhr wird die Gasleitung abgestellt.

Zur Verhütung von Unglücksfällen wird dringend ermahnt, sämtliche Öhne an Lampen und Herden geschlossen zu halten.

Geisenheim, den 23. November 1920.

Der Bürgermeister. Stahl.



Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen unsere gute, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Michael Schmitt Wwe.

Anna Maria geb. Sengler

heute Nachmittag 1½ Uhr im 82. Lebensjahre nach langem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden, wohlversehen durch den öfteren Empfang der hl. Sterbesakramente, zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Geisenheim, den 21. November 1920.

Die Beerdigung findet Mittwoch Nachmittag 4 Uhr, das Totenamt am gleichen Tage vormittags 7¼ Uhr statt.

Ein willkommenes Geschenk

:-: für Jedermann :-:

ist wirklich gutes Briefpapier mit passenden Umschlägen in sehr hübschen Geschenk-kartons. Eine sehr reichhaltige Auswahl von schönen

Briefkassetten

in reizenden Aufmachungen und allen Formaten für Herren, Damen und Kinder sind eingetroffen.

Buchdruckerei A. Jander :: Geisenheim.

Zu hohen Preisen

kaufe ich:

Altkupfer, Messing, Blei, Zink und Zinn.

Joh. Kreis junior

Steinheimerstrasse.

Nau & Bollenbach, Bingen

Rathausstrasse 15 — Fernsprecher 506

empfehlen alle

Kellerei-Maschinen, Geräte und Bedarfsartikel

wie Pumpen, Filter, Schläuche, Korken, Kapseln, Kork- und Kapselmaschinen, Fassalg, Fasskitt, Hausenblase, Gelatine, Spunden, Spundklappen, Fassbleche, Fass- und Flaschenbürsten, Filtriermaterial etc.



Schutzmarke

Nicht nur Fett-

gehalt, sondern gerade der Salmiak- und Terpentinzusatz macht

Dr. Gentner's Salmiak-Terpentin-Seifenpulver

Goldperle

waschkräftig und wirkt doch milde.

Zum Einweichen:

Rotstern-Bleichsoda.

Hersteller: Carl Gentner, Göppingen (Würtbg.).

Existenz oder Nebenverdienst

angenehme, sehr gewinnbringende Tätigkeit im Hause, für jeden geeignet.

J. Willmann, Rothhausen (Kr. Offen). Postfach 6

Besten Erfolg

haben Inserate jederzeit in der Geisenheimer Zeitung (20. Jahrg.) Exp.: Winkler Landstrasse 53b Fernsprech-Anschluss Nr. 123.

Mädchen od. Frau

zur Aushilfe 3—4 Stund. täglich gesucht.

Geheimrat Wagner, Monrepos.

Verloren

von einem Kinde eine Brief-tasche mit Ausweis und 60 Mark bar. Gegen gute Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle.

Herrschafts-

mit 20—100 Morg. Acker, ausreichend Wirtschaftsgelände, Inventar und eventl. voller Einrichtung von Berufs-landwirt sofort zu kaufen gesucht.

Auss. Off. unt. G. 200 an die Geschäftsst. d. Stg.

Pelze

in früherer Form wirken altmodisch u. halten wenig warm.

Umarbeiten

auf neue moderne Formen, sachgemäß u. billig.

Charl. Vollmar

Lindenplatz.

Alle Sorten

Tafel- und

Wirtschafts-Obst

fortwährend zu haben bei **Franz Rückert** Winklerlandstr. 47.

Besuchskarten

liefert schnellstens Buchdruckerei A. Jander.

Hotel Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

Turnerschaft Geisenheim von 1858.

An alle Turner!

Zur Durchführung eines geordneten Schulturnens während des Winterhalbjahres sowie zur Einübung von Vorführungen für die Weihnachtsspiele lade ich die gesamte aktive Turnerschaft und Jünglinge für Donnerstag Abend 8½ Uhr in die Turnhalle ein.

Ich rufe nochmals an dieser Stelle einen jeden Einzelnen, zu gemeinsamer, aufbauender Mitarbeit an unserer edlen Turnerschaft auf und erwarte reifliches Erscheinen.

Frei Hfinger, 1. Turnwart.

Schaf zu dir ein Geisenheim a. Rh.

Fungversteigerung.

Donnerstag den 25. Novbr., abends 8 Uhr, im Hotel „Germania“

Pferdversteigerung

für den Monat Dezember.

Zur Versteigerung sind auch Nichtmitglieder zugelassen.

Im Anschluss an die Versteigerung

Mitgliederversammlung

Der wichtigen Tagesordnung wegen wird um zahlreichen Besuch gebeten.

Der Vorstand.

Stenographen-Berein „Gabelsberger“

Geisenheim a. Rh.

Dienstag den 23. November.

7½ Uhr abends

Unterichtsstunde

für Anfänger in der hiesigen Gewerbeschule.

Der Vorstand.

Stenographen-Berein „Stolze-Schrey“

Geisenheim a. Rh.

Montag und Mittwoch

Abend 7 Uhr:

Anfänger-Unterricht.

Mittwoch Abend 8½ Uhr:

Übungsabend

für die aktiven Mitglieder in der Gewerbeschule.

Um vollständiges Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Reichsbund der Kriegsteilnehmer und

ehemaligen Kriegsteilnehmer und

Kriegshinterbliebenen.

Ortsgruppe: Geisenheim-Johannisberg.

Morgen Mittwoch Abend

8 Uhr:

Vorstands-

und Komitee-Sitzung

im „Deutschen Haus“.

Es ist die letzte Sitzung vor der Vollständigen Versammlung, daher vollständiges Erscheinen dringend notwendig.

Der Vorsitzende.

„Cäcilie“ Geisenheim.

Veranstaltung Andr. Ober

Die Gesangstuden

finden von jetzt ab nicht wie bisher Mittwoch, sondern

Donnerstag statt.

Die Mitglieder werden gebeten, pünktlich und vollständig zu erscheinen.

Der Dirigent.

Gesangverein Lieder-

kranz.

Donnerstag Abend 8 Uhr:

Gesangstunde.

Vollständiges und pünktliches Erscheinen erforderlich.

Der Dirigent.

Alle Sorten und jedes Quantum

Tafel- und

Wirtschafts-

Äpfel

sowie

Birnen

kauft zu den höchsten Preisen. **Franz B. Rothhaupt Wwe** Marktstrasse 4.